

Unsere parlamentarischen Zustände.

Der Berliner „Correspondent“ schreibt vom 17. d.: Für die parlamentarischen Geschäfte Deutschlands und Preussens gilt der heutige Tag gewiß dermaleinst, wenn wir in reguläre constitutionelle Zustände eingeleitet sind, als überaus merkwürdig. Im Reichstag eine Wahl des Präsidenten mit wunderlichen, fast abentheuerlichen Bestrebungen und einem außerordentlichen Mißerfolg. Der hatte den Nationalliberalen und Freiconservativen einen so verheerenden Angriff gegen die Wiederwahl des Vicepräsidenten Frandenstein inspiert? — wo soll in diesem Reichstage, in welchem Forderbeck und Stauffenberg, nachdem durch die bis tief in die nationalliberale Partei hineingehende Coalition der Schutzöllner, Agrarier, Ultramontanen und unbedingten Regierungs-Anhänger die gesammte Wirtschaftspolitik über den Haufen gestossen war, die ersten Präsidentenplätze freiwillig geräumt haben, eine actionsfähige Mehrheit herkommen, welche die weitaus stärkste Fraction vom Präsidium aus unklaren Motiven ausschließt? Das Centrum zählt mit den Welfen, Polen, Elßassern, Socialdemokraten, die es in solchem Falle naturgemäß unterstützen, zusammen 140, die Deutschconservativen 60 Mann, das ist die Mehrheit. Unter der deutschen Reichspartei, der „liberalen Gruppe“ Völk-Schaus und den Wülfen stehen auch Abgeordnete, namentlich Schutzöllnerischer Richtung, die gegen Freihändler eine weit stärkere Abneigung haben, als gegen einen Schutzöllnerischen Clericalen. Was sollte also der ganze Spectakel bedeuten? — Der Anregung der SeceSSIONisten, insbesondere Forderbeck's, entsprang der geführte Antrag der Fortschrittspartei, — wie sonst in letzten Sessionen, das Präsidium durch Acclamation wiederzuwählen. Daß auch bei diesem Wahlmodus Graf Arnim abgelehnt haben würde, war nicht anzunehmen. Auf das Resultat hatten die weißen Stimmzettel der Fortschrittspartei und der SeceSSIONisten, die nur zu Gunsten des Herrn Stephani — weil er Freihändler sei — eine Ausnahme machten, gar keinen Einfluß. Nun sind der ultramontane Baier von Frandenstein und der partidaristisch-conservative Sachse Adermann im Präsidium geblieben, — und den Präsidentenstuhl ziert ein preussischer Ministerialbeamter, Herr v. Puttkamer's Unterstaatssekretär, Herr v. Gofler, der seit 1877 dem Reichstage angehört, auch früher nicht parlamentarisch thätig war und seit drei Jahren die schnelle Karriere vom strebsamen Landrath in Lütthau bis zum Unterstaatssekretär im Kultusministerium durchgemacht hat. Ein preussischer Unterstaatssekretär Reichstagspräsident, durch Stimmzettel gewählt, von denen zwei Drittel den Ultramontanen angehören, — das ist ein merkwürdiger Anfang vom Ende der Legislaturperiode. — Im Abgeordnetenhaus verhandelt in großer Unklarheit die Commission über das berühmte Verwendungsgeß; eine zeitweilige conservativ-clericale Coalition bringt einen § 1 (Antrag v. Hüne mit Amendement v. Hammerstein) fertig, dann zerfällt alles in großer Verwirrung. — Am interessantesten aber ist es im Herrenhaus. Da wird der frühere Finanzminister Camphausen, der es wagt, in sehr ruhiger und rein sachlicher Weise eine oppositionelle Rede zu halten, vom Reichstanzler in einer Weise abgelehnt und heimgeleuchtet, daß auch ihm die Galle überläuft. Freilich, daß ihm vorgeworfen werden könnte, er hätte bei seinem Rücktritt ein „abgewirtschaftetes Gut“ hinterlassen, daß ihm die Mitschuld an den schlechten Wirtschaftsverhältnissen der Nation vom Ministerialamt ernsthaft zur Last gelegt werden könnte, — das hätte er sich nimmer träumen lassen. Warum hat er auch seiner Zeit „den Anstich“ veräußert, als sein Freund Delbrück abtrat. Wer aber wird nach solchen Szenen der Nachfolger Bitters werden wollen? — Die Reichstagsabgeordneten Delbrück, Falk, Friedenthal mögen sich in Acht nehmen, ihren alten Chef zu reizen. Daß er körperlich wohlher ist, wie seit fünf Jahren steht und hört ihm Jedermann an.

Der Berliner „Correspondent“ berichtet unter gleichem Datum:

Diese Tage sind reich an sensationellen parlamentarischen Vorgängen. Der geführte Präsidentenwahl im Reichstage folgte die heutige Sitzung des Herrenhauses auf dem Fuße, welche sich durch das Tourneer zwischen dem Fürsten Bismarck und dem früheren Finanzminister Camphausen zu einer der erregtesten und bewegtesten Annalen in dem sonst so friedlichen Herrenhause gestaltete. Das Resultat der Präsidentenwahl im Reichstage hat immerhin überrascht, daselbst richtet sich zweifellos gegen die lebhaften Wünsche des Reichstanzlers und berührt vielleicht empfindlich an einer höheren Stelle. Die Wahl des Herrn von Frandenstein zum ersten Vicepräsidenten ist ausschließlich durch das Zusammengehen der Conservativen mit dem Centrum ermöglicht worden, und es ist eine völlig falsche Ausbreuung, wenn, wie dies thatsächlich der Fall ist, behauptet wird, es hätten die Fortschrittspartei und die SeceSSIONisten für v. Frandenstein gestimmt. Beide Fractionen haben thatsächlich weiße Zettel abgegeben und wären nicht im Stande gewesen, dem Candidaten der Nationalliberalen, Abg. Stephani, die Majorität zu verschaffen, zumal da das Centrum alle seine Kräfte bis auf den letzten Mann aufgebieten hatte und sich auch noch auf die Polen und die clericalen Elemente aus den Reichslanden stützen konnte. Man wußte bereits gestern, daß Graf Arnim-Boitzenburg die auf ihn gefallene Wahl zum ersten Präsidenten ablehnen würde. Die Conservativen hatten ihr Augenmerk zuerst auf den Abgeordneten von Hellborn-Bedra gerichtet, welcher, wie es heißt, abgelehnt hat, worauf man Herrn von Gofler zur Annahme der Wahl zu bestimmen wußte. Derselbe, ein verhältnismäßig noch sehr junger Mann, Sohn des Präsidenten des oberschlesischen Tribunals und Neffe des verstorbenen Kultusministers von Mähler, hat eine glänzende Amtslaufbahn hinter sich. Er ist bekanntlich seit Uebnahme des Kultusministeriums durch den Minister von Puttkamer Unterstaatssekretär in dem gedachten Ressort. Der Umstand, daß volle 8 Tage bis zur nächsten Sitzung des Reichstages frei gelassen sind, wird hoffentlich zu einer raschen Abwicklung der Geschäfte des Landtages in dieser Zeit führen. — Man wird sich der bewegten Scene erinnern, welche kurz vor dem Rücktritt des Finanz-Ministers Camphausen im Reichstag spielte und Thranen in die Augen des resignirenden Ministers lockte. Wie sehr verschieden war die heutige Auseinandersetzung zwischen Camphausen und seinem ehemaligen Chef, dem Fürsten Bismarck, im Herrenhause! Camphausen fand zum ersten Male Gelegenheit auf die vielfach gegen seine Verwaltung des Finanzressorts bei den

verschiedensten Gelegenheiten vorgebrachten Angriffe des Fürsten Bismarck zu antworten. „Die Milch der frommen Dentart“ Camphausen's schien aber auch in der That „in gährend Drachengift“ umgewandelt. Herr Camphausen suchte in einer zwar erregten, aber doch sehr wirkungsvollen Weise in Form von thatsächlichen Berichtigungen den Ministerpräsidenten zu widerlegen. Die Mehrheit des Herrenhauses legte offenbar lebhaftere Sympathien für Herrn Camphausen als für seinen mächtigen Gegner an den Tag.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

3. Sitzung vom 17. Februar.

1 Uhr. Am Tische des Bundesrathes von Böttcher, v. Luz, v. Crailsheim, v. Verckenfeld u. A. Vicepräsident v. Frandenstein: Meine Herren! An den gewählten Präsidenten, Herrn Grafen v. Arnim-Boitzenburg, habe ich gestern sofort nach der Wahl desselben das amtliche Schreiben gerichtet, sich über die Annahme der Wahl zu erklären. Ich habe darauf noch am gestrigen Tage folgende Antwort bekommen: „Se. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf die gefällige Benachrichtigung vom heutigen Tage ganz ergebenst zu erwidern, daß ich zu meinem Bedauern außer Stande bin, das mir durch die Mehrheit des Reichstages angetragene Amt des ersten Präsidenten zu übernehmen. Mit ausgezeichneter Hochachtung Graf v. Arnim-Boitzenburg.“ — In Folge dieser Erklärung ist die Neuwahl des ersten Präsidenten nachträglich auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden. Darauf gelangt folgendes Schreiben des Reichstanzlers zur Verlesung: In Gemäßheit des von dem Reichstage in der Sitzung vom 5. December 1874 bei der Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Haushaltsplans des Deutschen Reiches für das Jahr 1875 zu Capitel 4, Titel 9 gefassten Beschlusses habe ich auch für das Jahr 1879, resp. das Etatsjahr 1879—1880 die bei den Wahlconsulaten des Deutschen Reiches vorgekommenen amtlichen Einnahmen und Ausgaben nach den eingereichten Uebersichten zusammenstellen lassen. Das Präsidium des Reichstages beehre ich mich ganz ergebenst zu ersuchen, diese nebst den dazu gehörigen Belägen hier beigefügte Nachweisung gefälligst zur Kenntniz des Reichstages bringen und die Beläge seiner Zeit dem Auswärtigen Amt wieder zugehen lassen zu wollen. Der Reichstanzler. In Vertretung: v. Limburg-Stürum.

Sodann kommt folgendes Schreiben zur Verlesung: Dem hohen Präsidium des Reichstages gestatte man sich andurch ergebenst anzuzeigen, daß der Reichstags-Abgeordnete des 19. sächsischen Wahlkreises, Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebknecht von hier, seit dem 10. November v. J. eine ihm vom hiesigen königl. Landgericht wegen Amtsvernehmung zurechnende sechsmonatliche Gefängnisstrafe in hiesiger Strafanstalt verbüßt und daß derselbe daher zur Zeit behindert ist, sein Mandat als Reichstagsabgeordneter auszuüben. Leipzig, den 15. Februar 1881. Der königl. Staatsanwalt.

Auf der Tagesordnung würde zunächst die erste Beratung der allgemeinen Rechnung über den Haushalt des Deutschen Reiches für 1875 und sodann die Wahl des ersten Präsidenten stehen.

Abg. Richter bittet aber, denjenigen Mitgliedern, welche durch die Sitzung des preussischen Herrenhauses, resp. der Commission des Abgeordnetenhauses für das Verwendungsgeß für den Nachmittag gebunden sind, die Theilnahme an der Präsidentenwahl dadurch zu ermöglichen, daß dieselbe sofort vorgenommen wird. Das Haus ist damit einverstanden und der Wahlact beginnt, zu dem sich die betreffenden Mitglieder des beschriebenen und mit dem Reichstagsgebäude in unmittelbarer Verbindung stehenden Herrenhauses wie Graf Arnim-Boitzenburg, Graf Woltke, Herr v. Kleist-Retzow u. A. einfinden.

Es werden 242 Stimmzettel abgegeben, darunter 89 unbeschriebene; von den 153 gültigen Stimmen erhält Abg. v. Gofler (Unterstaatssekretär im preussischen Kultusministerium, Vertreter des 4. Sumbinner Wahlkreises, Mitglied der deutsch-conservativen Fraction) 150, außerdem Richter, von Ludwig und Hanel je eine. Auf die Frage, ob er die Wahl anzunehmen geneigt sei, erwidert der Abg. v. Gofler vom Plaze aus:

Meine Herren! Niemand in diesem hohen Hause kann lebhafter als ich von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß die eben vollzogene Wahl das Resultat ganz außerordentlicher Umstände und mit Schwierigkeiten verbunden ist, welche nicht allein in der Sache liegen; wie die Verhältnisse aber sind, beuge ich mich der vollzogenen Thatsache und halte mich für verpflichtet, die auf mich gefallene Wahl anzunehmen. Meine Herren, Sie wissen, daß ich noch nicht die Ehre gehabt habe einer so großen und bedeutenden Versammlung wie die hiesige, vorzutreten, und wenn ich deshalb bitte, mir Ihre Nachsicht und Ihr Wohlwollen zu schenken, so geschieht dies in erster Linie im Interesse der Sache, die uns Allen gemeinsam ist. Im Uebrigen habe ich den Willen ein treuer Hüter der Würde des Hauses zu sein, nach Kräften die Geschäfte des Reichstages zu fördern und Gerechtigkeit nach allen Seiten zu üben. Mit diesem Gelbniß trete ich die Geschäfte des Präsidenten an.“ (Beifall.)

Präsident v. Gofler übernimmt darauf den Vorsitz mit der Erklärung, Se. Majestät den Kaiser von der erfolgten Constatirung des Reichstages sofort in Kenntniz setzen zu wollen.

Nach dem Schluß der letzten Session hat der Reichstag eines seiner Mitglieder, den Abg. Schwendler (Sachsen-Weimar), durch den Tod verloren.

Das Haus ehrt heute sein Andenken in der üblichen Weise. Eine ständliche Reihe von kürzeren und längeren Urlaubsgesuchen (zu den ersten gehört u. a. das des Grafen Wilhelm von Bismarck, zu den letzteren das des Abg. Sonnemann für 14 Tage wegen Krankheit) wird sodann genehmigt und die allgemeine Rechnung über den Etat von 1875 auf den Antrag des Abg. von Wülfen an die Rechnungs-Commission verwiesen. Schluß 2½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag, 24. Februar, 11 Uhr. (Erste Beratung des Reichshaushaltsplans für 1881—82 und des Anleihegesetzes.)

O. C. Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus. 14. Sitzung vom 17. Februar.

12 Uhr. Am Ministeriellen Maybach, Bitter, Friedberg, später Fürst von Bismarck.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Vorlage, betreffend die Herstellung mehrerer Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung.

§ 1 lautet nach dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses: Die Staatsregierung wird ermächtigt, zum Bau 1) einer Eisenbahn von Allenstein über Neblitz nach Kobellbude mit Abzweigung zum Neblitz nach Braunsberg die Summe von 10,166,000 M., 2) einer Eisenbahn von Allenstein über Dreisbach nach Johannisburg die Summe von 8,414,000 M., 3) einer Eisenbahn von Königsberg nach Vastow die Summe von 6,549,000 M., 4) einer Eisenbahn von Bollbrück nach Bätow die Summe von 2,772,000 M., 5) einer Eisenbahn von Stralsund nach Bergen mit Trajectverbindung vom Stralsunder Hafen nach der Insel Rügen die Summe von 1,700,000 M., 6) einer Eisenbahn von Blumenberg über Wanzleben und Seehausen nach Gilsleben die Summe von 1,685,000 M., 7) einer Eisenbahn von Habamar nach Westerbürg die Summe von 1,212,500 M., 8) einer Eisenbahn von Allenstein nach Hagenburg die Summe von 1,222,000 M., 9) einer Eisenbahn von Call über Schleiden nach Hellenthal die Summe von 1,315,000 M., 10) einer Eisenbahn von Gerolstein nach Brüm die Summe von 2,250,000 M., zusammen 37,285,500 M., zu verwenden.

Referent Fürst von Haffelb.-Trachenberg empfiehlt Namens der Eisenbahn-Commission die unveränderte Annahme der Vorlage.

Minister Maybach weist darauf hin, daß zwar ein Generalplan nicht vorgelegt sei, auch im Interesse der Secundärbahn-Unternehmungen nicht auf vorgelegt werden könnte; aber die Regierung sei bei der Auswahl der

Bahnlinien nicht systemlos vorgegangen; es handle sich um eine erste Section um eine Abschlusssatzung.

Zur Bahn unter Nr. 5 bemerkt Fürst Puttkamer: Wir acceptiren das uns von dem Herrn Minister Gebotene als eine dankenswerthe Abschlusssatzung. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß mit dieser Bahn das Bahnnetz auf Rügen nicht abgeschlossen sein kann. In dieser Beziehung hat der Herr Minister auch schon den weiteren Ausbau der Bahn von Saargard nach Sahnitz in Aussicht gestellt. Ich möchte aber dagegen protestiren, daß diese Bahn auf Staatskosten gebaut würde, denn in diesem Falle würden noch sehr viele andere Theile der Insel das Recht haben, eine Bahn zu beanspruchen. Wohl aber dürfen wir erwarten, daß die Bahn weiter geführt wird bis nach Arcona; es ist dies eine geographische Nothwendigkeit, die auch von dem Herrn General-Pollmeister anerkannt werden wird. Ferner dürfte es sich empfehlen, um die Hafenstellung Arconas zu besetzen, den Bau einer Brücke in Angriff zu nehmen. Ein Hafen ohne Brücke würde ein Unbding sein. Zum Schluß noch eine persönliche Bemerkung. Ich habe persönlich eine lebhafteste Genugthuung empfunden, daß das von mir vor zwölf Jahren in Aussicht genommene Project jetzt in Folge des Gesetzentwurfs seiner Verwirklichung entgegensteht. Wie Sie sich erinnern, wurde vor dem Jahre 1874 im anderen Hause von einem Mitgliede desselben dieses Unternehmen als eine schwindelhafte Gründung bezeichnet. Den von mir seiner Zeit erhobenen energischen Protest, dessen Wortlaut Ihnen bekannt sein wird, halte ich auch jetzt noch aufrecht. Ich hatte damals eine Untersuchung beantragt, deren Ergebnis Ihnen am 19. Februar 1875 mitgeteilt worden ist. Ich glaube durch dieselbe diesem Hause gegenüber gerechtfertigt zu sein. Diese Ansicht scheint jedoch nicht überall geteilt worden zu sein. Im anderen Hause, wo die Sache eingeleitet hat, kamen in die Debatte zu ziehen, hat der Abg. Richter am 22. November v. J. es für angezeigt gehalten, meinen Namen unter verschiedenen anderen zur Illustration des Gründers- und Schwindelwunsches anzuführen. Ich hatte keine Veranlassung, die Sache anders als eine persönliche zu betrachten, und ich habe versucht, diese persönliche Angelegenheit in einer in der ganzen gebildeten Welt üblichen Form auszugleichen. Die von mir in erster und energischer Form geforderte Genugthuung ist aber von Herrn Richter mit Bezug auf die Unverantwortlichkeit seiner Aeußerung als Abgeordneter abgelehnt worden, und es ist mir nicht gelungen, in irgend einer Beziehung eine Aenderung seiner Ansichten darüber herbeizuführen. Ich habe geglaubt, dem hohen Hause von dieser Thatsache Mitteilung machen zu müssen. Für mich ist die Angelegenheit damit erledigt. Für diejenigen Herren aber, welche sich dafür interessieren, steht die zwischen mir und Herrn Richter geführte Correspondenz zur Einsicht und Disposition.

Herr von Kröcher empfiehlt ebenfalls die Annahme dieser Bahnlinie und befürwortet eine Verbindung von Stralsund nach der medlenburgerischen Grenze hin.

Staatssekretär Stephani empfiehlt ebenfalls die Fortführung der Bahn bis Arcona und zwar im Interesse der Postverbindung mit Schweden; jetzt dauere die Fahrt zu lange, weil der Meeresarm zwischen Hiddensee und der Insel Rügen nur mit halbem Dampf befahren werden könne. Die Postverbindung sei deshalb auch keine tägliche, sie zerplittere sich auf Lübeck, Hamburg, Rostock; da der Hafen von Arcona eisfrei und von Schweden aus in kürzerer Zeit zu erreichen sei, werde sich der Postverkehr bald dieser kürzesten Route zuwenden.

Herr Adams empfiehlt einen weiteren Aufschluß der Eifel. Die 10 Bahnen werden darauf ohne Aenderung angenommen.

Es folgt nunmehr die Fortsetzung der gestern abgebrochenen Beratung über den Steuerentwurf. Die Finanz-Commission des Herrenhauses hat dementsprechend beschlossen, den Gesetzentwurf ganz abzulehnen und nur den einmaligen Steuererlass zu bewilligen. Hierzu liegt folgender Antrag des Oberbürgermeisters Becker (Düsseldorf) vor: für den Fall der Ablehnung des Gesetzentwurfs die Staatsregierung aufzufordern: vor einem Erlass an directen Steuern eine Entlastung der überbürdeten Gemeinden einzutreten zu lassen und zu dem Zwecke den steigenden Einnahmen entsprechend in den nachfolgenden Haushaltsjahren aber durch besondere Gesetzentwürfe entsprechende Vorschläge zu machen.

Staatsminister a. D. Camphausen: Ich freue mich, daß wir die Ehre haben, den Minister-Präsidenten in unserer Mitte zu sehen. Ich habe dadurch die Gelegenheit, auf zwei thatsächliche Angaben, auf mich bezüglich, die der Ministerpräsident am 3. Februar im Abgeordnetenhaus gemacht hat, einzugehen. Zunächst hat der Ministerpräsident auf eine Denkschrift über die Grundzüge der Steuerreform vom 5. Juni 1877 mit dem Bemerkten hingewiesen, dieselbe rühre von mir her. Eine Denkschrift von mir aus jenem Jahre existirt nicht. Wenn ich recht unterrichtet bin, so rührt das von dem Ministerpräsidenten angelegene Wort von Herrn Hobrecht her. Ich muß die Ehre der Autorschaft ablehnen. Zweitens hat der Minister-Präsident in derselben Rede behauptet, die Idee, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den Communen zu überweisen, sei zuerst von mir aufgestellt worden. Auch das ist ein Irrthum; ich habe mich niemals über die Quote ausgesprochen. Um jetzt auf die Sache selber einzugehen, knüpfe ich an die, auch von mir als richtig anzuerkennende getrigte Aeußerung des Finanzministers an, daß das Geß vom 16. Juli 1880 nicht mit Nothwendigkeit den Steuererlass bedinge. Gehen wir aber von der entgegengekehrten Ansicht aus, dann kann ich nicht umhin, darauf aufmerksam zu machen, daß die Staatsregierung für die Verabreichung des Erlasses einen ganz geeigneten Weg nicht gewählt hat, indem sie die Verabreichung an die Vorlage des Staatshaushaltsplans knüpfte; sie hat damit zwar die Interessen des Abgeordnetenhauses gewahrt, die des Herrenhauses dagegen geschädigt, da letzteres dadurch außer Stande gesetzt wird, eventuell sein Veto einzulegen.

Auch die Grenzen der Befugnisse, die das vorjährige Geß dem anderen Hause auferlegte, sind von der Regierung bei dieser Gelegenheit nicht scharf genug ins Auge gefaßt worden. Wenn es sich darum handelt, in Preußen der Landesvertretung eine Sicherheit dafür anzubieten, daß nicht mehr Steuern dauernd erhoben werden, als zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse erforderlich ist, so muß zunächst erwogen werden, ob die Vorbedingungen zu einem solchen Geße vorhanden sind. Ueber die zu diesem Behufe nothwendig zu entscheidende Frage, ob zu den nothwendigen Staatsbedürfnissen das ganze Extraordinarium oder nur ein Theil desselben zu zählen sei, ist die Regierung bei Vorlegung des Etats hinweggegangen. Ich bestreite nicht, daß unter den Extraordinären Ausgaben des Etats für 1881—82 sich eine Anzahl von Positionen ermitteln läßt, von denen man behaupten kann, daß sie die Natur von, aus den Jahres-Einnahmen zu bestreitenden Ausgaben nicht haben. Man hätte dieselben aber ansfordern und beiden Häusern des Landtages Gelegenheit geben müssen, sich darüber zu erklären. Geht man davon aus, daß etwa die Hälfte des Extraordinariums, also 20 Millionen, als dasjenige Quantum anzusehen sei, das nicht zu den alljährlich wiederkehrenden Ausgaben gehört, dann muß man doch anerkennen, daß der Etat, wie er vorliegt, nur einen geringen Spielraum für einen Steuererlass gewährt, da derselbe nur etwa 8 Millionen zur Deduction der nothwendigen extraordinären Ausgaben aufweist. Der Etat ist aber im Ordinarium nicht richtig aufgestellt. Die Ueberschüsse aus den Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern sind zwar vollständig eingestellt, neben diesen geht aber der Matricular-Beitrag einher, der sich bei uns um etwa 15½ Millionen erhöhen wird. Wir hätten hiermit also im Ordinarium ein Deficit von etwa 7 Millionen, während zur Befriedigung des Extraordinariums nichts übrig bleibt. Bei dieser Sachlage kann ich es nicht wohlgeheßen finden, dem Herrenhause seinen wohlgegründeten Einfluß entziehen zu wollen. Ich freue mich indeß, hinzuzusetzen zu können, daß durch die später erfolgte Vorlage eines besonderen Gesetzentwurfes die für das Jahr 1881/82 erhobenen Bedenken wenigstens nach der formellen Seite hin ihre Erledigung finden.

Vor der Union des Herrn von Kleist-Retzow, daß durch die Wahl der Geßesform für den dauernden Steuererlass die Gefahren des vorjährigen Geßes vermieden würden, warne ich; dieses Geßes mit allen seinen Consequenzen wird neben dem anderen Geße stehen bleiben. Welche Erfahrungen aber haben wir denn in der Vergangenheit gemacht und welche Hoffnungen haben wir für die Zukunft, die den dauernden Erlass recht



fein? Können? Es kommt nicht bloß darauf an, wie die Einnahmen steigen, sondern auch, wie sich die Ausgaben gestalten. Das Jahr 1877/78, das an Einnahmen mit rund 627 Millionen abschloß, ergab noch einen reinen Ueberschuß von 5,406,000 Mark. Dieses Jahr war also noch ein Ueberschußjahr. Mit den Deficitjahren haben wir uns erst seitdem zu beschäftigen gehabt. (Heiterkeit.) Schon im Jahre 1879 blieben die Einnahmen hinter dem Vorjahre um 13 Millionen zurück; die ordentlichen Ausgaben beliefen sich auf 631 Millionen; dieses Jahr hätte also mit einem Deficit von 16 Millionen abgekommen müssen, wenn nicht noch gegen 21 Millionen Ersparnisse aus Vorjahren vorhanden gewesen wären, aus denen das Deficit hätte gedeckt werden können. Das ungünstigste Jahr, das wir bisher erlebt haben, war das folgende: 1879/80. Dasselbe hat zwar, abzüglich der außerordentlichen Zuschüsse, ein Einnahmequantum von 648 Millionen aufzuweisen; in diesem stehen aber 30 Millionen Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, die im Vorjahre fehlten; der abzüglich dieser sich ergebende Betrag von 618 Millionen bleibt hinter dem vorjährigen Voranschlag um 21 Millionen zurück. Keineswegs halte ich die beiden Jahre 1878/79 und 1879/80 für Normaljahre in dem Sinne, daß die geringen Erträge derselben auch in der Folge anhalten möchten. Dazu kommt, daß die Einnahmen aus den Eisenbahnen nothwendig einer verhältnißmäßigen Steigerung entgegenstehen.

Im Jahre 1879/80 beliefen sich die Neuanlegungen von Eisenbahnen allein auf 798 Kilometer. Sollten diese neuerbauten Bahnen denn keine Einnahmen bringen? In dieser Beziehung werden sich unsere Verhältnisse in Zukunft gewiß besser gestalten, aber — wir werden den gegenwärtigen Kreis der Ausgaben nicht beibehalten! Ich prophezeie dem Finanzminister, daß die angenehme Lage, in der er sich bisher befand, allen Ansprüchen gegenüber sagen zu können: Ich habe kein Geld! von dem Augenblicke an verschwinden wird, wo so viele Millionen weggegeben werden sollen. Von da an wird er sich stets auf die materielle Gröfzerung aller dieser Anfragen einstellen müssen. Ich halte den Steuererlaß, wie er vorgeschlagen wird, nicht für zweckmäßig, da er in unser bisheriges Steuersystem einen Bruch bringt. Um keinen Zweifel entstehen zu lassen, als ob ich jedem Steuererlaß entgegengetreten wollte, nehme ich keinen Anstand, hierbei zu erklären, daß, falls es sich darum handelt, nur die beiden untersten Klassensteuern außer Hebung zu setzen, Millionen Steuerpflichtige zu entlasten und das Executionswesen, das zu meinem Schmerze in diesen Fällen noch immer eintreten muß, entbehrlich zu machen, ich einem solchen Gesetze zustimmen würde. Demjenigen Steuererlaß, den die Regierung uns vorgeschlagen hat, und dem Gesetzentwurf, der uns vorliegt, vermag ich meine Zustimmung nicht zu geben. Ich bitte Sie, das Gleiche zu thun. (Beifall.)

Finanzminister Bitter erklärt, daß er die Finanzlage nicht so düster ansehen könne, wie der Vorredner; er stehe auf dem Standpunkte der Hoffnung; er erwarte die Mittel zum Steuererlaß aus dem Reiche von den indirecten Steuern. Daß die Staatsregierung den Steuererlaß im Etat vorgeschlagen, sei kein Vorhaben des Reichs des Herrenhauses, sondern das Gesetz vom 16. Juli 1880 verlange ausdrücklich, daß ein Steuererlaß in den Etat eingestellt werde. Die Höhe der Matricularbeiträge könne bei dem Steuererlaß deshalb nicht in Rechnung gezogen werden, weil dieselben noch gar nicht feststünden. Der Reichstag habe stets bedeutende Abstriche gemacht, warum sollte es in diesem Jahre nicht der Fall sein? Es stehe auch zu hoffen, daß eine Erhöhung der Matricularbeiträge durch Mehreinnahmen gedeckt werden könnte. Die Staatseinnahmen bewegten sich jetzt wieder in einer aufsteigenden Linie; der Staat müsse jetzt daran denken, die Schäden zu bessern, welche unter dem Regime der früheren Wirtschaftspolitik entstanden seien. Der Finanzminister müsse das Geld dazu nehmen, wo es finde, auch von den Eisenbahnen, deren Verstaatlichung der Vorredner bekämpfte habe. Der Minister sucht dann in einzelnen Punkten den Vorredner zu widerlegen.

Fürst von Bismarck: Nach den erschöpfenden sachlichen Ausführungen meines Herrn Collegen würde ich über den Gegenstand, der uns beschäftigt, kaum etwas hinzufügen haben, wenn nicht der erste Redner, Herr Camphausen, in die Situation eine politische Färbung gebracht hätte, die mich als politischen Minister zu einer Antwort nöthigt. Ich hoffe, daß, wenn ich jemals in die Lage käme, mit Ihnen und mit meinem Nachfolger und früheren Collegen zusammenzusitzen, ein günstiges Geschick mich davor bewahren wird, die Geschäfte der Minister, deren schwierige Arbeiten ich aus Erfahrung kenne und lange mitgemacht habe, und die ich mich außer Stande erkläre, weiter zu führen, zu erschweren. (Hört! hört!) Ich bedaure, daß ich zu diesen Ausführungen von früheren Collegen mehrfach gedrängt worden, welche wissen, mit welchen Dingen wir zu kämpfen haben, welche wissen, daß ich nicht zu meinem persönlichen Vergnügen unsere Geschäfte betriebe, sondern daß ich, wie ich es früher gethan habe, das Beste des Landes suche, ebenso wie es bei den Collegen der Fall ist, mit denen wir und sie mit uns zusammengearbeitet haben. (Heiterkeit.) Der Vergleich, den der Herr College Camphausen anstellte zwischen der jetzigen Finanzwirtschaft und der früheren, also zwischen der Thätigkeit des jetzigen verantwortlichen Ministeriums, an dessen Spitze ich stehe, und zwischen demjenigen, dessen Mitglied er war, nöthigt mich, pro domo Cuiusque zu meiner Verteidigung zu sagen. Ich muß gestehen, ich habe nie einen schärferen und bereiteren Angriff gegen die Finanzära Camphausen gehört, als in seiner eigenen Rede, die er heute von der Tribüne gehalten. Es bekräftigt sich mit der Finanzwirtschaft wie mit einem Landgut. Ist ein Landgut heruntergewirtschaftet, dann muß es durch schonende, langwierige Pflege erst wieder gut gemacht werden, und das Licht, welches er auf uns geworfen zur Verberichtigung der Zeit, wo er im Ministerium war, nöthigt mich zu diesen Aeußerungen, zur Abwehr; da ich es mir meinerseits nicht gefallen lassen kann, daß die Fiktionen, die über die Aera Camphausen in der Welt existiren, gegen uns ausgebeutet werden.

Das damalige Finanzministerium hat 7 Jahre gehabt, wie die 7 fetten Rufe, aber man dachte nicht daran, daß auch 7 magere kommen würden; die Jofels, die nachher kamen, nachdem mein College gegen meine Witten aus dem Dienst getreten, hatten Mäße, das abgewirtschaftete Finanzministerium wieder zu heben, und es hat mir große Schwierigkeiten gemacht, einen Nachfolger zu finden, der diese Erbschaft sine beneficio inventari zu übernehmen bereit war. (Heiterkeit.) Wenn der jetzige Finanzminister mit Kapfertreue und Hingebung an der Rolle und Finanzgebarung mitarbeitet und dafür kämpft, um das wieder gut zu machen, was früher verborben war, dann glaube ich, hat er Anspruch auf Unterstützung. Wohlgeantworte, die aus eigener Erfahrung sprechen können, wissen sehr genau, wie groß diese Schwierigkeiten sind. Hätte der letzte Herr Redner einfach mit einer sachlichen Zusammenstellung gegen uns gekämpft, so wollte ich nichts sagen. Aber es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß er Propositionen machte, deren Begründung er zweifelhaft ließ, dann aber sofort auf dieser juppornirten Basis scharfe Angriffe gegen meinen Herrn Nachbar (den Finanzminister) richtete, wodurch sich, namentlich bei dem Leser, sehr leicht die Meinung erzeugt, daß alle seine Schlässe auf inneren Gründen beruhen. Ich muß meinem früheren Herrn Collegen sagen, daß ich im Staatsministerium lange vor seinem Abgange mehrfach die Frage angeregt habe, was auch aus der Correspondenz, von der ein sehr geringer Theil veröffentlicht wurde, hervorgeht, ob wir im Verborgenen schon damals, im Jahre 1876, mit einem Deficit wirtschafteten. Für mich war dies gar nicht zweifelhaft. Damals habe ich schon in meinen Correspondenzen gesagt, dies muß anders werden, und ich muß von dem preussischen Herrn Finanzminister erwarten, daß er mir nicht allein überläßt, wie das Finanzsystem aufzustellen und durchzuführen, sondern sich selbst daran macht, um unsere Finanzen in Zukunft sicher zu stellen.

Herr Camphausen war mir ein tapferer College, und ich habe ihm, als er zurücktreten wollte, das Zeugniß gegeben, daß ich mich nur ungern von ihm trennte. Er hat freiwillig sich entschlossen, seinen Abschied zu suchen, er hat sein Geschick erneuert und durchgeleitet. Sein Kassensystem war ausgezeichnet, auch seine ganze Geldwirtschaft war ausgezeichnet, aber von seiner legislatorischen Voraussicht für die Zukunft kann ich das nicht sagen. Es war damals die Zeit des Aufschwunges, wie der Herr Finanzminister sagte, und der damalige Finanzminister war in der Lage, im Segen der Milliarden mit vollen Händen im Gelde zu stehen. Da war es Zeit, sich zu überlegen: können diese Milliarden nicht verausgabt werden? Wird es für immer so dauern? Haben wir eine Bürgschaft für die Zukunft? Auch ich als Ministerpräsident habe mir damals diese Frage vorgelegt und ich habe eine Bürgschaft für die Zukunft nur in einer Steuerreform erblicken können, die ich zuletzt auch durchgeführt habe. Mein College Camphausen hat sich schließlich für meine Pläne gewinnen lassen, und so ist er mit mir vor die Öffentlichkeit getreten, ob mit voller Ueberzeugung von der Richtigkeit dieses Programms vom Hause aus, das will ich dahingestellt sein lassen. Er hat mir nicht sehr rasch die Hand gegeben, aber nachdem er sie gegeben, würde er, davon bin ich überzeugt, entschlossen dieses Programm mit mir durchgeführt haben, wenn er nicht bei dem ersten Angriff von liberaler Seite unter dem Eindruck der Reden von Bamberger und Lasker sofort seinen Posten aufgegeben hätte (Heiterkeit) und es mir nicht allein überlassen hätte, seine Erbschaft weiterzuführen. Damals war der Feldzug für ihn verloren, gerade damals, als er im Reichstage die Parole ausgab, die Verfaßung von 7 Jahren seines Ministeriums wieder gut zu machen und zu bebaue, daß er damals bei dem Entschlusse zurückzutreten, beharrt ist.

Dann möchte ich ihn aber auch ermahnen, dem Werke, zu dessen Durchführung er sein Portefeuille als Finanzminister nicht beibehalten wollte, mit einer Opposition hier entgegenzutreten, die in einem Munde etwas Ränke-liches, und mir nach seiner ganzen Beredsamkeit etwas Ueberauschendes und Unnatürliches hat, und die mich zu dieser abgedrungenen Erklärung pro domo gegen meinen Willen nöthigt.

Daß Herr Camphausen in dieser Frage gegen uns ist, daran zweifle ich gar nicht, denn diese Vorlage ist eine Consequenz der Maßregeln, die zur Reformpolitik führten. Herr Camphausen hat aber selbst, obwohl nach langen und schwierigen Debatten im Ministerium, seine Hand zu derselben geboten. Nun zieht er diese Hand zurück, nachdem er sich von der ministeriellen Fesseln und von dem verantwortlichen gemeinsamen Handeln frei gemacht hat! Er hat es als Minister lange Zeit erschwert, zu einer Reform zu gelangen, er hatte auch lange Zeit die Reform im Eisenbahnenwesen mir gegenüber bekämpft, die Verstaatlichung der Bahnen, welche schließlich im Staatsministerium, wenn auch nicht mit Einstimmigkeit, zur Annahme gelangte. Es wurde dann freilich die Ausführung dieses Planes durch die Ungeheuerlichkeit der Anschläge factisch unmöglich gemacht. Mein Herr College ist damals der Ueberzeugung gewesen, daß, wenn nicht in der ganzen Welt so doch wenigstens im preussischen Finanzministerium Alles auf Beste bestellt wäre, und er ist deshalb der Anschauung unzugänglich gewesen, daß in diesem alten und ehrwürdigen Gebäude manche Schraube nützlich und manches Rad gebrochen war. Er befand sich in der festen sicheren Ueberzeugung, mit der Gott am letzten Schöpfungstage auf das Geschaffene blickte. Er blickte auf die sechs Jahre seines Ministeriums zurück und fand, daß Alles vortreflich sei. Ich bin durch diese Vertrauensseligkeit noch mit anderen Collegen in schwierige Verhältnisse gerathen. Das Bedürfnis, hierüber keinen Zweifel zu lassen, veranlaßte mich, diese Gelegenheit wahrzunehmen, um diese Aeußerung zu thun, wenn sie nicht vollständig genügend sein sollte, wenn die Angriffe auf die jetzige Verwaltung fortgesetzt werden sollten, so muß ich Seine Majestät den König um die Erlaubnis bitten, diejenigen Papiere zu veröffentlichen, welche in dieser Beziehung vorhanden sind. Die damalige Finanzpolitik hatte der damalige Finanzminister Camphausen allein zu verantworten.

Als Ministerpräsident war es nicht meine Aufgabe, Finanzpolitik zu treiben. Ich habe damals erklärt, ich habe mir nicht Finanzprojecte auszusenden und sie dem Finanzminister zur Superrevision und Kritik vorzulegen, und wenn er nein sagt, mich zu beruhigen, sondern ich habe solche Projecte dem Finanzminister zu erwarten und meinerseits die Kritik zu üben. Ich habe nur dafür zu sorgen, daß ein sachkundiger Finanzminister vorhanden sei. Nachdem aber zweifellos Sachkundige anderer Ansicht waren, als mein College, bin ich der Sache näher getreten und habe neben meinen sonstigen Geschäften in der auswärtigen Politik mich auch über diese Dinge kümmern müssen, wenn ich länger als Ministerpräsident die Verantwortlichkeit tragen wollte, denn ein Theil der Verantwortlichkeit fällt immer auf den Ministerpräsidenten zurück. Ich habe Alles gethan, was ich konnte, um den Herrn Minister Camphausen am Rücktritt zu verhindern, aber jetzt kann ich ihm nur dankbar sein, wenn er auf meine Bitte nicht eingegangen ist. (Heiterkeit.) Herr Camphausen dachte eben damals nicht daran, daß es anders werden könnte, daß seine Erwartungen sich nicht erfüllen würden; er hat mir allein die Erbschaft überlassen. Ich habe versucht mit andern Bundesgenossen die Sache weiterzuführen, die Geseggebung stagnirte damals, weil ein Bedürfnis momentan nicht vorhanden war. Das Bedürfnis des Staatsmannes besteht aber nicht im Verharren beim Alten, sondern in der Anregung der Reformen und der Maßregeln, die nach seiner Voraussicht für die Zukunft erforderlich sind. Weil ich der Ueberzeugung bin, daß diese Finanzreform erforderlich ist, darum wiederhole ich nochmals meine Bitte: genehmigen Sie dieses Gesetz, halten Sie den Gang der Reformgesetzgebung nicht auf, denn sie ist ein dringendes Bedürfnis des Landes. (Beifall.)

Staatsminister a. D. Camphausen (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß ich dem Finanzminister irgend einen Vorwurf gemacht habe. In einem Punkte stimme ich mit dem Reichstanzler vollständig überein: ich freue mich, daß wir nicht mehr genöthigt sind, mit einander zu wirteln. Was die Vergangenheit betrifft, so hat der Herr Ministerpräsident bei vielen großen Staatsactionen, bei denen er zum Wohle des Landes theilhaftig war, immer nur ein Gedächtnis für die Seiten der Sachen, die ihm angenehm sind, und das Gedächtnis an die Beziehungen, die ihm weniger angenehm sind, steht ihm nicht zur Seite. (Rufe: Thatsächlich!) (Der Redner will die Tribüne verlassen, da er auf den schweren Angriff nicht im Rahmen einer thatsächlichen Berichtigung antworten könne. Vielfache Rufe aus dem Hause veranlassen ihn, seine Bemerkungen fortzusetzen.) Wenn behauptet worden ist, ich hätte mich geweigert, 1876 an die Finanzreform zu gehen, so muß ich sagen, daß ich 1875 einen ausführlichen Vortrag im Staatsministerium gehalten und explicirt habe, daß vom Abgeordnetenhaus eine Ausdehnung der Dotationsbeiträge gewünscht werde, daß darauf eingegangen werden könne, da es sich um eine gleichmäßige Entlastung aller Landtheile handle, also re vera eine Steuerermäßigung in Frage stehe. Wenn man aber auf das Verlangen eingehe, so werde die Lage der Finanzen eine knappe werden und deshalb müsse man streng darauf halten, daß die Matricularbeiträge nicht erhöht würden. Wenn man sagt, daß mit dem Jahre 1876 ein Rückgang unserer Finanzen eingetreten sei, so ist das in dem Sinne richtig, daß die überhörsen Ueberschüsse nicht mehr fortdauerten. Aber auf der anderen Seite kann ich den Nachweis führen, daß das Jahr 1876 für die preussischen Finanzen mit einem Ueberschuß von mehr als 20,000,000 Mark abgeschlossen hat.

Ich kann mich auch auf ein Factum berufen, das der Reichstanzler im Reichstage öffentlich mitgeteilt hat, daß ich dem Reichstage im Februar 1877 eine Labatssteuerreform vorlegen wollte; daran hat mich der Reichstanzler gehindert, sonst wäre von allen Deficits gar nicht die Rede gewesen. Der authentische Beweis dafür ergibt sich aus der eigenen Rede des Reichstanzlers vom 10. März 1877. Ich muß bescheiden, daß der Ministerpräsident das, was er als sein Steuerreformproject bezeichnet, zu meiner Kenntniß gebracht hat, ja daß es theilweise auch nur zur Sprache gekommen ist, so lange ich Mitglied des Ministeriums war; es ist nicht von der schätzvollen Richtung die Rede gewesen, die eingeschlagen worden ist. Im Jahre 1878 sind bekanntlich die Vorlagen gemacht worden, die ich für unentbehrlich hielt zur Vermehrung unserer Einnahmen, die ich als dauernde für das Reich in Anspruch nahm. Es schien mir aus den Aeußerungen des Ministerpräsidenten hervorzugehen, daß die neulich veröffentlichte Correspondenz mit seiner Zustimmung veröffentlicht ist. Der Staatsminister von Bülow hat die damaligen Schreiben des Reichstanzlers gar nicht zu meiner Kenntniß gebracht, ich habe zum ersten Male aus den Zeitungsartikeln von ihnen Kenntniß erhalten. Ich habe mehrere Unterredungen mit ihm gehabt, aber nicht in dem in den Briefen angedeuteten Sinne. Meine Unterredungen begannen damit, daß ich mich über die mangelhafte Unterstützung seitens des Reichstanzlers beschwerte. Ich stellte mich zur Verfügung, aber man konnte doch von mir nicht verlangen, daß ich gegen meine Ueberzeugung hantele. Ich bebaure, daß es zu dieser Auseinandersetzung gekommen ist. Die langen Jahre, die ich trenn an seiner Seite gewirkt habe unter den schwierigsten Verhältnissen, hätte ich nicht geglaubt, daß der Dant für alle Bemühungen in der Weise abgetragen wird, wie es geschieht.

Fürst von Bismarck: Die letzten Worte, welche den Vorwurf der Undankbarkeit enthalten, könnte ich leicht zurückgeben. Hat der Vorredner mich 7 Jahre getragen und im Amte gehalten, oder habe ich ihn im Amte gehalten gegen mannigfache Angriffe? Es verging selten ein halbes Jahr, wo seine Stellung nicht erschüttert war, und er mich bat, ihm zu sagen, ob er gehen solle oder nicht. Ich habe ihn gegen Angriffe geschützt. Ich glaube, durch seine heutige Rede, durch die Zusammenstellung des Sonnenscheins unter seiner Verwaltung mit dem Schatten unter der jetzigen hat er sich in Bezug auf Dankbarkeit bezahlt gemacht. Ich habe ihn gehalten wegen seiner Eigenschaft als tapferer Kämpfer, nicht wegen seiner Eigenschaft als voraussetzender Geseggeber. Wenn ein Finanzminister von Anträgen nichts weiter anführen kann, als einen Versuch aus eigener Initiative, der noch nicht einmal an das Parlament kam, so muß ich sagen, daß ich für 7 Jahre zu wenig. Ich muß aber hinzufügen, daß ich ihn an dieser Vorlage verhindert habe, weil sie mir nicht vertretbar schien. Das dedit nicht eine Unthätigkeit von 7 Jahren, das einmal eine Vorlage gemacht werden sollte, die noch dazu todgeboren blieb. Der Vorredner stand an der Spitze der Zollverwaltung des Reichs; er hatte ein ungeheures Feld zu bearbeiten und wenn er selbst nichts weiter anführen kann, als diese eine angeblich von mir zurückgewiesene Vorlage, so bestätigt das nur das, was ich gesagt habe. Herr von Bülow hat keinen Anlaß gehabt, die Briefe dem Vorredner mitzutheilen, wohl aber im Sinne derselben mit ihm zu verhandeln. Er hat mir geschrieben, daß er dies gethan hätte, und es sind auch Notizen darüber vorhanden, daß dies geschehen ist.

Die heutigen Verhandlungen könnten mich veranlassen, auch diese noch zu veröffentlichen. Die Initiative zu Verbesserungen konnte nur vom Gebiete der indirecten Steuern ausgehen; vom Reiche hat sich aber das damalige preussische Finanzministerium wesentlich zurückgehalten, von dem Tage ab, als einmal der preussische Finanzminister „abgestimmt“ worden war. So blieb mir allein das Erfinden von Finanzprojecten überlassen, und ich vermiste jede Unterstützung des Finanzministers. Dieser Ende 1876 und

1877 vorhandene Zwiespalt wurde gelöst durch den Rücktritt des Finanzministers, nachdem eine Vorlage gemacht war, allerdings erst in Folge einer Preßsion, welche ich als Ministerpräsident in dieser Cabinetfrage ausübte, nicht aus der freiwilligen Initiative des Finanzministers, die ich sieben Jahre lang vermist habe.

Vorpräsident v. Dechen bittet dringend, möglichst einstimmig die Vorlage anzunehmen; man dürfe hier im Hause keinen Zweifel haben, wie man stimmen solle, nachdem der Reichstanzler in bestimmter Weise erklärt hat, daß dieser definitive Steuererlaß ihm durchaus zur Durchführung der Steuerreform nöthig sei, und daß man ihm die Freude nähme, auf diesem Wege fortzufahren, wenn man ihm denselben abschläge. Bedenken dagegen hätten wohl alle Mitglieder des Hauses gehabt, aber so groß seien dieselben nicht, um die Hauptsache, die Durchführung der Steuerreform, fallen zu lassen.

Professor Dr. Beseler: Diese Vorlage steht in sehr naher Berührung mit Artikel 103 der Verfassungsurkunde, indem sie denselben einen erheblichen Theil seiner Bedeutung entzieht. Gewünscht hätte ich jedenfalls, daß Herr von Kleist-Rehnow den beiden Abgeordneten Hasselbach und Weder nicht vorgeworfen hätte, daß sie Bürgermeisterpolitik trieben; dazu wäre er vielleicht nur veranlaßt gewesen, wenn ihm der Vorwurf gemacht worden wäre, daß er Junkerpolitik triebe, was ich für ebenso verwerflich halte. Kapitalist man die 14 Millionen Mark, so bekommt man einen Capitalverth von ca. 300 Millionen Mark, so daß der Steuererlaß  $\frac{1}{4}$  des Werthes sämtlicher Domänen und Forsten repräsentirt. Und wie war denn die Genese dieser ganzen Vorlage? Schon die Thronrede sprach von einem Steuererlaß, der einen sehr günstigen Eindruck hervorrief. Daraufhin kam dann der Richter'sche Antrag, der den einmaligen Erlaß als einen dauernden festgelegt wissen wollte. Der Herr Reichstanzler hat schon die Vermuthung geäußert, der Richter'sche Antrag sei gestellt, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Darin hat er Recht. Aber einen mitbestimmenden und wesentlichen Grund dafür sah man darin, daß in der Einbringung desselben ein außerordentlich geschicktes Wahlmanöver liege. Die Regierung verhielt sich zunächst ablehnend, bis dann die Conservativen in Coalition mit dem Centrum für einen derartigen Antrag eintraten. Unter diesen Verhältnissen kam die Vorlage an das Haus und wurde der Commission beschloß darauf gefaßt. Jetzt hören wir plötzlich: Alles ist verloren, wenn wir die Vorlage nicht annehmen. Dabei hört man Wischen Unterbanenverstand auf. (Heiterkeit.) Nun frage ich aber: können wir es mit unserem Gewissen vereinigen, so weit zu gehen, daß wir auf die bloße Versicherung des Ministerpräsidenten: „Ich höre mich“ unsere Meinung ändern? Das müssen wir wenigstens verlangen, daß uns der Grund dieser Störung — was nicht geschehen — näher dargelegt werden möge.

Wenn das aber nicht der Fall ist, dann weiß ich nicht, wozu wir hier im Hause sitzen. Damit wird die Unabhängigkeit und die Berechtigung dieses Hauses in Frage gestellt. Diese müssen wir umsomehr aufrecht erhalten, als wir mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, namentlich mit dem geringen Wohlwollen, welches uns die Staatsregierung entgegenbringt, denn gewöhnlich bekommen wir nur Bagatellen; und nur, wenn es sich um Abänderung unliebsamer Beschlüsse des Abgeordnetenhauses handelt, dienen wir als ein gutes Versuchsfeld. Gegen diesen Standpunkt muß ich mich entschieden aussprechen. Das Herrenhaus soll den Haber der Parteien von sich fernhalten und an der gemeinsamen Arbeit mitarbeiten, es muß durch die Thätigkeit seiner Leistungen imponiren und ich danke der Commission gerade für diese Thätigkeit. Allerdings muß das Herrenhaus der Regierung freundlich gesinnt sein, aber vor Allem ist es nöthig, daß das Herrenhaus das Bewußtsein seiner Stellung und seiner Unabhängigkeit hat und dieses im Lande bekannt wird. Ich weiß, es giebt nicht wenige Mitglieder in diesem Hause, denen diese ganze Vorlage unsympathisch ist, denen aber der Wunsch des Herrn Ministerpräsidenten doch die Entscheidung schwer macht. Ich glaube, daß eine Gefährdung der Reform des Reichstanzlers durch die Ablehnung dieser Vorlage nicht eintreten wird. Ich bitte Sie dringend, wenn Bedenken entstehen, ob man für oder gegen die Regierung stimmen soll, bei gewissenhafter Prüfung dieser Frage auch das Interesse dieses hohen Hauses ins Auge zu fassen, und in diesem Sinne fordere ich Sie auf: treten Sie auf die Seite Ihrer Commission und verwerten Sie die Vorlage. (Beifall.)

Finanzminister Bitter: Ich muß gegen die Behauptung des Herrn Vorredners, daß die Staatsregierung nicht mit diesem hohen Hause in voller Fühlung stünde und es nur als ein Versuchsfeld zur Abänderung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses betrachte, auf das Entschiedenste Protest einlegen. Die Staatsregierung hat die größte Hochachtung für dieses Haus, und es ist ihr nicht im Entferntesten in den Sinn gekommen, die Stellung dieses hohen Hauses zu misachten. Ich möchte bitten, daß der Herr Vorredner sich dies ernstlich merkt. (Große Heiterkeit.) Ich habe ferner ausdrücklich im Abgeordnetenhaus erklärt, daß der Antrag Richter im Princip keineswegs der Staatsregierung entgegensteht. Den Bedenken, welche die Staatsregierung gegen seinen Antrag gehabt hat, ist in dieser Vorlage vollständig Rechnung getragen. Auch steht dieselbe in keinem Zusammenhang mit dem Steuererlaß, von dem in der Thronrede gesprochen wird; sie ist eine völlig selbstständige und steht mit der Zukunftsreform in enger Verbindung. Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, man müsse nach Pflicht und Gewissen unbefugam sein, so nehme ich dies auch für die Regierung in Anspruch, auch wir werden eben so ungebengt weiter vorgehen. (Beifall.)

Herr v. Kleist-Rehnow verwahrt das Haus und Herrn Beseler selbst dagegen, daß man die Selbstständigkeit der Mitglieder nach ihrer Opposition gegen die Regierung bemefse.

Professor Beseler bekräftigt, daß er seinerseits dies gethan habe. Er habe vielmehr die Selbstständigkeit darin gesucht, daß das Haus, wenn es gute Gründe für die Ablehnung des Steuererlasses habe, sich auch nicht durch Rücksichten auf die Staatsregierung abhalten lasse, die Vorlage zu verwerten. Bemerkungen, wie der Finanzminister sie soeben gegen ihn geäußert habe, bittet er künftig zu vermeiden.

Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen und die Specialdiscussion um 4½ Uhr auf Freitag 10½ Uhr verlag.

Berlin, 17. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute militärische Melbungen entgegen und hörte die Vorträge des Kriegsministers, Generals der Infanterie von Kameke und des Chefs des Militär-Cabinet, General-Lieutenants von Albedyll.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] besuchte gestern Mittags 12 Uhr die in der griechischen Kapelle der hiesigen russischen Botschaft aus Anlaß des Geburtstages der weiland Großherzogin Maria Paulowna von Sachsen-Weimar, Mutter Ihrer Majestät der Kaiserin, stattgehabte Gedächtnisfeier. (N.-Anz.)

[Ernennung.] Der Director der Thierarzneischule in Hannover, Professor Dr. Dammann, ist zum Veterinär-Assessor des Medicinal-Collegiums der Provinz Hannover ernannt worden.

[Der Provinziallandtag der Provinz Westpreußen] ist zum 11. März d. J. nach Danzig einberufen worden.

[Verbotten wurde auf Grund des Socialisten-Gesetzes] die Druckgrift: „Neues und Altes. Eine Verteidigungsschrift von G. A. Demmler. Schwerin, 1874. Gedruckt in G. Hilbs Buchdruckerei.“

## Frankreich.

Paris, 15. Februar. [Parnell's Absichten. — Aus Tunis. — Der 80. Geburtstag Victor Hugo's. — Gemeinderath.] Der Plan, den Herr Parnell in seiner Unterredung mit Rochefort enthält, besteht im Wesentlichen darin, daß er alle constitutionellen Mittel anwenden will, um England dahin zu bringen, daß es für Island thue, was Oesterreich für Ungarn gethan hat. Eine gewaltthätige Revolution, wie sie die Fener ursprünglich beabsichtigten, ist aus zweierlei Gründen unmöglich. Einmal weil seit hundert Jahren den Engländern nicht gestattet war, Waffen zu besitzen, eine Bestimmung, die zwar seit Disraeli nicht mehr in Kraft ist, aber sehr bald von dem Parlament erneuert werden dürfte. Zum andern, weil die Engländer eine Flotte haben, mit der sie Island blockiren und aushungern können. Welcher constitutionellen Mittel Parnell sich bedienen will, sagt er nicht. Für einen Republikaner wollte er sich dem Reporter des „Gaulois“ gegenüber nicht geben und lehnte für seine Person die Tendenzen der französischen Demokratie ab. Er gehöre nicht zu denen, die eine unabhängige irische Republik wollen. — Bekanntlich liegt in Tunis eine französische Gesellschaft in Streit mit dem Maltefer Levy, einem englischen Unter-



iban, und das Stillebobject ist ein Grundbesitz, der von Kheredine Pascha herrührt. Sir Charles Dike erklärte jüngst im Unterhause, daß England und Frankreich in Unterhandlung stehen, um den Con- flict durch ein Schiedsgericht schlichten zu lassen. Man behauptete mehrfach, ein Schiedsgericht werde ein Tribunal von Tunis fungiren; der „Temps“ glaubt aber heute zu wissen, daß man darauf bedacht ist, einen englischen Richter zu bezeichnen, zu dessen Wahl die französische Regierung ihre Zustimmung zu geben hätte. — Für den 80. Geburtstag Victor Hugo's, der auf den 27. Februar fällt, wird, wie gemeldet, eine großartige Manifestation vorbereitet. Die Teilnehmer werden sich auf der Place de l'Etoile versammeln und sich von dort in die Avenue d'Orléans begeben und auf eine vor dem Hause des Dichters aufgestellte Estrade Blumen und Palmen- kränze niederlegen. Um 2 Uhr beginnt im Festsaal des Trocadero eine von Louis Blanc präsidirte Matinee, bei der mehrere Redner über den Gefeierten sprechen und die besten Künstler der Pariser Theater declamiren und singen werden. Ein Theil der Karten für dieses Fest (2000) wird gratis vertheilt. Schließlich sollen in mehre- ren Theatern Bruchstücke aus Victor Hugo's Werken aufgeführt wer- den. Die Festmedaillen sollen auf einer Seite die Inschrift: Victor Hugo und rund herum die Worte: „das Jahrhundert hatte zwei Jahre“, und auf der Rückseite den Satz führen: „Am 27. Februar 1881 haben die Franzosen das Fest Victor Hugo's gefeiert.“ Ge- legentlich sei erwähnt, daß das Gaité-Theater ein dem Romane „93“ von V. Hugo entnommenes Drama nicht unmittelbar nach Lucrèce Borgia, wie es heißt, aufzuführen werde. Es soll ein Stück von Ger- mann-Charlier vorgehen. — Bei der Präsidentenwahl im Ge- meinrath ist es sehr heiß hergegangen. Man mußte dreimal ab- stimmen, um zu einem Resultate zu kommen. Bei der ersten Ab- stimmung erhielten der Gambettist Thulé und der Intrantist Lacroix je 26 Stimmen, bei der zweiten Thulé 33 und Lacroix 32, bei der dritten und entscheidenden Lacroix 35 und Thulé 34 Stim- men. Die Gambettisten unterliegen also. Der Seinepräfect Hérolb ernaunnte in einer gütlichen Rede die Stadtväter, bei ihren Stimm- gen nicht zu viel Lärm zu machen, damit nicht, wie es öfter geschehen, die zaghaften Gemüther in Angst gerathen.

### Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Y Breslau, 16. Febr. [Schwurgericht. — Betrug, Ur un- fälschung, Verleitung zum Meineid und wissentlicher Meineid.] Die dritte Sitzung des Schwurgerichts währte mit kurzer Unterbrechung bis Nachmittags 4½ Uhr. Die sehr complicirte Anklage richtete sich gegen fünf Personen, nämlich 1) den Schuhmachermeister Carl Liebezeit, welcher sich des Betruges, der Urkundenfälschung und der wissentlichen Verleitung zum Meineid schuldig gemacht haben sollte; 2) den Kaufmann Carl Klinger und 3) den Arbeiter Carl Junke, Beide des wissentlichen Meineids beschul- digt; 4) den Schuhmachergehilfen Carl Mundry und 5) den Arbeiter August Liebezeit; Beide wird der wissentliche Gebrauch einer gefälschten Urkunde zur Last gelegt. Sammtliche Angeklagte sind in Breslau ordnungsgemäß und bisher unbestraft. Sie wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. In dem nachstehenden Bild der Hauptmomente der An- klage geben, bemerken wir, daß die Angeklagten in ihren verschiedenen Ver- nehmungen die widersprechenden Angaben gemacht haben und daß es gewissermaßen nur der Selbstdenuncation des Mitangeklagten Klinger zu danken ist, daß das verbrecherische Treiben dieses Consortiums seinen ge- bührenden Lohn empfing. In der Hauptverhandlung vor den Geschworenen legte der Hauptangeklagte, Schuhmachermeister Liebezeit, zum Theil ein offenes Geständnis ab. — Der Herr Vorsitzende schloß die Beweisaufnahme über jeden Theil der Anklage besonders ab. Zunächst handelte es sich um die Anklage wegen Betruges gegen Carl L. Dieser Anklage vertrat dem Stellenbesitzer Johann Schölzel zu Wagnern im Frühjahr 1878 ein Aders- feld für den Preis von 1000 Mark. Von dieser Summe zahlte Sch. dem L. 1230 Mark baar resp. durch Verrechnung, für den Ueberrest stellte er ihm ein Wechselaccept in Höhe von 570 Mark, fällig am 29. Juli 1878, aus. Am 23. Juli 1878 trafen Sch., welcher sich in Gesellschaft des Orts- vorstehers Prybilla aus Wagnern befand, nach vorheriger Verabredung mit Carl L. in der „Weintraube“ auf der Ohlauerstraße zusammen. Hier zahlte Sch. auf die Wechselsumme 270 Mark, wegen des Restes von 300 M. stellte er einen, von Carl L. als Zeugen mitunterzeichneten Schuldschein aus. Während Sch. in einer nahe gelegenen Handlung das zum Schuldschein nötige Papier herbeischickte, zerriß L. in Gegenwart des Pr. ein wie ein Wechsel aussehendes Papier in kleine Stücke, dabei bemerkend, dies sei der von Sch. ausgestellte Wechsel. Pr. tabelte den L., daß dieser ein dem Sch. ausliefernendes Papier ohne dessen Genehmigung vernichte und ver- langte nach Rückkunft des Sch. den Nachweis, daß wirklich die Schölzelsche Unterschrift auf dem zerrissenen Wechsel gestanden habe. Obgleich sich alle drei Personen bemühten, einzelne Stüchchen von der Erde aufzuheben und zusammenzusetzen, konnte man Schölzel's Namen nicht auffinden. Wenige Tage später zahlte Sch. in Gegenwart des Kochs Carl Hennig an L. in dessen Wohnung die Restsumme von 300 M. Nunmehr stellte L. eine Quittung aus, worin er anerkennt, daß ihm Sch. hinsichtlich der Adersparzelle nichts mehr schuldig sei. Kurze Zeit darauf wurde dem Sch. trotzdem der über 570 M. lautende, mit dem von seiner Hand herrührenden Accept versehene Wechsel zur Zahlung präsentiert. Nachdem Sch. natürlich entrißte die Zahlung ab- gegeben, girte L. den Wechsel an den Arbeiter Junke mit dem Auftrage, dieser solle die Wechselsumme eintragen. Er wolle sich selbst eintragen, weil er zu oft nach Wagnern gehen müsse und mit Sch. zu gut bekannt sei, sagte L. entschuldigend zu J. Dem J. konnte Sch. den Einwand der Zahlung natürlich nicht entgegenstellen, seiner Behauptung, er habe schon an L. bezahlt, konnte nachherlich keine Bedeutung beigelegt werden, Sch. wurde somit zur Zahlung der Wechselsumme verurtheilt. Den durch Sch. erhaltenen Betrag zahlte J. an L., dieser gab ihm für seine Bemühung 36 Mark und ein Paar Stiefel. L. behauptete vor den Geschworenen, er habe in der „Weintraube“ den richtigen Wechsel zerrissen, Sch. sei ihm aber eine baar geliehene Summe von 570 M. schuldig gewesen und habe darüber den zweiten, hier vorliegenden Wechsel ausgestellt. Sch. versichert eidl ich, er habe in seinem ganzen Leben überhaupt nur einen Wechsel acceptirt, dies sei also der auf den Kauf des Adersfeldes bezügliche Wechsel. Ein baarres Darlehn habe er von L. weber erhalten, noch je verlangt. Auf Grund der Ergebnisse der Voruntersuchung hatte die königl. Staatsanwaltschaft die Anklage gewonnen, Junke habe von der betrügerischen Mani- pulation L.'s kein Wissen gehabt, sei also wegen Betruges nicht unter An- klage zu stellen. Bemerkte muß werden, daß die Klageschrift, sowie alle sonst zur Projektsführung notwendigen Schriftstücke nicht durch J., sondern im Auftrage L.'s durch den nunmehr schlichtigen, fleißigsten verfolgten Buch- halter Armand Kynast angefertigt worden waren. Dieser spielt auch im nächsten Theil der Anklage die Hauptrolle. Wissend, daß Sch. auf Junke sich besprachen L. und K. sich dahin, sie wollten einen auf 3100 M. lauten- den Wechsel anfertigen, diesen mit dem Acceptbetrug Schölzel's versehen und dann durch den Arbeiter Mundry, sowie den Bruder des L., August L., giriren und endlich bei der selbstverständlichen eintretenden Zahlungsweigerung des Sch. durch August L. eintragen lassen. Der Fälligkeitstag des von K. angefertigten Wechsels lautete auf den 11. November 1878. Unterm 9ten November erhielt Sch. einen mit der Unterschrift August Liebezeit versehenen eingeschriebenen Brief, in welchem er zur Bezahlung eines von ihm accep- tirten Wechsels in Höhe von 3100 M. aufgefordert wurde. Der Brief war laut Verabredung von K. geschrieben worden. Als Sch. nun schlenigst den August L. aufsuchte, diesen auch nach dem Ursprung des Wechsels fragte, meinte August L., er habe ihn von einem alten, ihm unbekannten Herrn zur Eingiehung erhalten. Die Vorzeigung des Wechsels wurde von L. verweigert. Sch. erklärte rundweg, er habe keinen Wechsel unterschrieben, werde also auch nicht zahlen. August L. klagte wirklich die volle Summe ein. Der Termin in dieser Sache stand am 28. December 1878 an. Im fraglichen Termine schloß August L. die Mitangeklagten Klinger und Junke als Zeugen darüber her, daß sie gesehen hätten, wie Mundry im Gasthause „Zum weißen Hirsch“ dem Sch. Geld gegeben und dieser dagegen einen Wechsel acceptirt habe. Mundry selbst, der als Aussteller und Girant des Wechsels nur uneidlich vernommen werden konnte, gab die gezahlte Summe auf 2200 Mark an. Mundry waren für die Thätigkeit durch Carl L. 200 M. in einem Reberse zugesichert worden, Klinger sollte 300 M. und einen neuen Anzug und Junke 600 M. erhalten, sobald Sch. bezahlt haben würde. Sch. hatte ferner die Unterschrift eidl ich abgeleugnet. Daraufhin erfolgte die Ab- weisung des Klägers. Dieses Erkenntnis wurde in zweiter Instanz auf die

durch August L. eingelegte Appellation lediglich bestätigt. Inzwischen, am 9. Januar 1879, hatte Kl. bei Gericht die Anzeige erstattet, daß er einen wissentlichen Meineid geleistet habe. Als nunmehr in dem sofort einge- leiteten Verfahren Junke mit Kl. konfrontirt wurde, wiederholte J., nachdem vor dem Meindei gewarnt, unter Versicherung der früher geleisteten Eid lediglich seine Aussage vom 28. December d. J. Der Angeklagte Carl L. giebt jetzt zwar zu, daß der Wechsel in seinem Besitze durch Kynast an- gefertigt worden sei, bestritt aber, sich der Verleitung zum Meineid schul- dig gemacht zu haben. Kl. und J. hätten sich freiwillig als Zeugen an- geboten und ersterer überhaupt das bestritt, weil er (L.) ihm ein Darlehn von 30 M. verweigert hätte. Dies sollte der Schuhmacher Kynast be- stätigen; K. wußte aber das Verhältniß zwischen Carl L. und Kl. nichts an- zugeben, sagte aber aus, daß Carl L. auch ihn bezüglich jenes Wechsels- geschäfts zu einer falschen Aussage verleiten gewollt habe. Kl. blieb bei seiner Denunciation stehen, J. gestand jetzt endlich gleichfalls den Meineid ein, Mundry und August L. wollen ohne strafbares Bewußtsein lediglich aus Gefälligkeit für Carl L. gehandelt haben.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr Gerichtsassessor Wehner, beantragt das Schuldig gegen sämtliche Angeklagte, und zwar unter Aus- schluß mildernder Umstände. Klinger steht unter der Rechtswohlthat des § 158 des Strafgesetzbuchs, denn er hat seine falsche Aussage widerrufen, es noch ein Rechtsnachtheil für einen dritten entstanden war, bezüglich seiner wird die entsprechende Unterfrage gestellt. Die Vertheidiger, Referendarien Dr. Sternberg, Dillendorff, Martins, Sahn und Rosenthal plaidiren zumeist auf Nichtschuldig resp. auf Jubilung mildernder Um- stände bei Carl und August L. und Mundry. — Die Geschworenen ent- schieden lediglich nach den Angaben der Staatsanwaltschaft, ebenso erkannte der Gerichtshof genau auf folgende, von Herrn Assessor Wehner beantragte Strafen: Carl Liebezeit 6 Jahre Zuchthaus, 6 Jahre Ehrverlust, Jubiligkeit von Polizeiaufsicht und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen werden zu können. Junke 3 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust von gleicher Dauer und Zeugnisunfähigkeit. Klinger 1 Jahr Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust. Mundry und August Liebezeit je 2 Jahre Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust.

### Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 17. Febr. Deputirtenkammer. Das Preßgesetz wurde bei der Endabstimmung über das ganze Gesetz mit 428 gegen 6 Stimmen genehmigt. Hierauf begründete Janvier de la Motte seine Interpellation über den Credit foncier, den er schwindelhaftige Specu- lationen bezichtigte. Der Finanzminister trat für den Credit foncier ein und erklärte dabei, daß er zur Emittirung von Loospapieren nie- mals Ermächtigung erhalten werde. Die Kammer nahm die einfache Tagesordnung an und beschloß demnach ohne jede Debatte, den An- trag Bardour auf Wiederherstellung der Listenwahl in Erwägung zu nehmen. (Durch diesen Beschluß wird der endgiltigen Entschlieung der Kammer über den Bardour'schen Antrag nicht präjudicirt; die parlamentarischen Kreise sind über die Aussichten des Bardour'schen Antrags fortgesetzt sehr getheilte Meinung.)

Im Senat wurde die Beratung des Zolltarifs fortgesetzt. Poupert-Quertier, welcher der Schutzpartei angehört, hielt eine lange Rede, auf welche der Handelsminister Tirard erwiderte.

Paris, 17. Febr. Parnell ist heute Vormittag von hier nach London zurückgekehrt. — Der Deputirte Menier ist gestorben. — Das Gerücht von der Abberufung des französischen Generalconsuls in Egypten, Baron de Ring, wird durch die „Agence Havas“ für un- begründet erklärt.

Madrid, 17. Febr. Alonzo Martinez ist zum Vizegouverneur beim Vatican und Majo zum Gesandten beim italienischen Hofe ernannt worden.

London, 17. Februar. Oberhaus. Agyll kündigt an, er werde morgen auf die jüngsten Auseinandersetzungen Lyton's betreffs der Schiffbrücke über den Indus und der militärischen Vorbereitungen in Indien vom November 1876 antworten.

Unterhaus. Der Sprecher kündigt neue Vorschriften für dringende Debatten an. Gladstone kündigt an, wenn die Einzelberatung über die irische Zwangsbill heute nicht erledigt werde, so werde er morgen beantragen, daß sie vor Mitte Nacht erledigt sein müsse. Das neue Reglement bestimmt, über einen solchen Antrag ohne Debatte abzu- stimmen. Der Vorsitzende hat, wenn der Antrag mit drei Viertel Majorität angenommen ist, zur festgesetzten Zeit die Einzelberatung als geschlossen zu erklären. Cowen (radical) kündigt an, er werde nächstens beantragen, wenn die Dringlichkeit einer Bill votirt sei, solle eine solche ohne jedwede Discussion angenommen werden. Sullivan sagt, wenn dieser Antrag abgelehnt werde, so beantrage er, daß bei der Dringlichkeit der Premier das Recht habe, zu verlangen, daß kein Irlander zum Worte komme. Das Haus setzt die Einzel- beratung über die irische Zwangsbill fort. — Die Deputirtenkreise, besonders die Radicals und die Conservativen, sind über das Vor- gehen der Regierung erregt.

London, 17. Febr., Nachts. Unterhaus. Da die Einzelberatung der irischen Zwangsbill auch heute nur wenig gefördert wurde, wird Gladstone den Antrag, betreffend den Schluß der Einzelberatung der irischen Zwangsbill, erst Montag stellen. — Eine amtliche Depesche Colless aus Newcastle vom 17. d. meldet: Die Truppencolonne Wood ist heute eingetroffen; sie traf auf dem Marsche einige Boers, welche keinen Widerstand leisteten, und wahrscheinlich nach Langsneck sich zurückzogen. Die Telegraphenverbindung ist wiederhergestellt. Der Weg ist frei.

Durban, 17. Febr. Wood und Colley trafen Mittags im Fort Amiel zusammen und hielten Kriegsrath.

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) Paris, 17. Febr., Abends. [Boulevard.] 3½ Rente 84, 35. Neue Anleihe 1872 119, 65. Türken 13, 75. Neue Egypter 365, —. Banque ottomane —. Italiener 89, 37. Chemins —. Defferr. Goldrente —. Ungar. Goldrente 95, 81. Spanier ergr. 21, 60, inter. —. Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —. Türkenloose —. Türken 1873 —. Amortisirbare —. Orient- Anleihe —. Pariser Bauf. —. Fest. Frankfurt a. M., 17. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß- Course.] Londoner Wechsel 20, 505. Pariser Wechsel 80, 91. Wiener Wechsel 173, 20. Köln-Mindener Stamm-Aktien 150%. Rheinische Stamm- actien 162%. Hessische Ludwigsbahn 94%. Köln-Mind. Prämien-Anth. 132%. Reichsanleihe 101%. Reichsbank 145%. Darmstädter Bank 148%. Meiningen Bank 96%. Defferr.-Ungarische Bank 706, 50. Creditactien \*) 258. Silberrente 65%. Papierrente 63%. Goldrente 75%. Ungarische Goldrente 95%. 1860er Loose 123%. 1864er Loose 316, 50. Ungarische Staatsloose 219, 60. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 88%. Böhmische Wech- selbahn 222%. Elbafahrtbahn 177%. Nordwestbahn 174%. Galizier 245. Franzosen \*) 248. Lombarden \*) 94%. Italiener —. 1877er Russen 94%. 1880er Russen 76%. II. Orientanleihe 61%. III. Orientanleihe 61%. Central-Pacifc 112%. Wiener Bankverein 110%. Ungarische Papierrente —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discount — pCt. Spanien —. Fest. Nach Schluß der Börse: Creditactien 257%. Franzosen 247%. Galizier —. Lombarden —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. II. Orientanleihe —. Defferr.-Ungar. Bank —. \*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 17. Febr., Nachmittags. [Schluß-Course.] 4proc. Consols 101. Hamburg-St.-R.-A. 125%. Silberrente 65%. Ost. Gold- rente 77%. Ung. Goldrente 95%. Credit-Aktien 257%. 1860er Loose 123%. Franzosen 618. Lombarden 236. Italien. Rente 88%. 1877er Russen 94. 1880er Russen 75. II. Orient-Anl. 59%. Vereinsbank —. Laurabank 121%. Nord. 163%. Commerzbauk —. Anglo-deutsche —. 5½ Amerik. 93%. Rhein. Eisenbahn 162%. do. junge 157. Berg.-Märk. do. 115%. Berlin-Hamburg do. 228. Altona-Riel. do. 155%. Disconto 2½. Fest. Hamburg, 17. Febr., Nachmitt. [Getreide-markt.] Weizen loco un- verändert, auf Termine still. Roggen loco unverändert, auf Termine still. Weizen

pr. April-Mai 207, 00 Br. 206, 00 Gd., per Mai-Juni 214, 00 Br., 212, 00 Gd. Roggen pr. April-Mai 191, 00 Br. 190, 00 Gd., pr. Mai-Juni 187, 00 Br., 186, 00 Gd. Hafer u. Gerste unverändert. Rüböl ruhig, loco 56, 00 Br., 55, 00 Gd. Spiritus höher, per Februar 46½ Br., per März-April 46½ Br., per April-Mai 46½ Br., per Mai-Juni 46½ Br. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 9, 10 Br., 9, 00 Gd., pr. Februar 9, 00 Gd., pr. März-April 9, 10 Gd. Wetter: Brachtholl.

Posen, 17. Februar. Spiritus pr. Febr. 52, 30, pr. März 52, 50, pr. April-Mai 53, 40. Get. —. Wetter: Matt.

Liverpool, 17. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Baumwollener Umsatz 12,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 21,000 Ballen, davon 10,000 B. amerikanische, 6000 B. ostindische, 5000 B. egyp- tische. Middl. amerikanische März-April-Lieferung 6½ d. (Schlußbericht.)

Liverpool, 17. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner fest. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung 6½ d., März- April-Lieferung 6½ d.

Liverpool, 17. Februar, Nachm. Officielle Notirungen. [Baum- wolle.] (Schlußbericht.) Definitiver Umsatz — B. Upland good ordi- nary 5½, Upland low middling 6½, Upland middling 6½, Mobile middl. 6½, Orleans good ordinär 6, Orleans low middl. 6½, Orleans middl. 6½, Orleans middl. fair 7½, Bernam fair 6½, Santos fair —, Bahia fair —, Maceio fair 7½, Maranhão fair 7½, Egyptian brown middl. 5½, Egyptian brown fair 7, Egyptian brown good fair 7½, Egypt. white middl. —, Egyptian white fair 7½, Egyptian white good fair 7½, Smyrna fair —, M. S. Broad fair —, Dhollerah middl. 3½, Dhollerah good middl. 4½, Dhollerah middl. fair 4½, Dhollerah fair 4½, Dhollerah good fair 5½, Dhollerah good 5½, Domra fair 4½, Domra good fair 5½, Domra good 5½, Scinde fair 4½, Bengal fair 4½, Bengal good fair 4½, Madras Tinnevely fair —, Madras Tinnevely good fair 5½, Madras Western fair 4½, Madras Western good fair 5½.

W. L. B.) Newyork, 17. Febr., Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf Berlin 94½ (bedeutet: Dollars pro 400 Mark 60 Tage Sicht). Wechsel auf London 4, 83. do. auf Paris 5, 23½. 5procentige fundirte Anleihe 100%. 4procentige fundirte Anleihe 1877 113%. Erie-Bahn 50%. Central-Pacifc-Bahn 113%. Newyork-Centralbahn 149%. Baumwolle in Newyork 11½. do. in New-Orleans 11½. Raffinirtes Petroleum in Newyork 9½. Raff. Petroleum in Philadelphia 9½. Robes Petroleum 7. Pipe line Certificats 0, 91. Mehl 4, 50. Rother Winterweizen 1, 18. Mais (old mixed) 58. Zucker (fair refining Muscovados) 7½. Kaffee Rio 12½. Schmalz (Marke Wilcox) 10½. do. Fairbanks 10½. do. Rothe u. Brothers 10½. Speck (short clear) 8½. Getreidebericht 4½.

Reß, 17. Februar, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco schwache Raufucht, auf Termine ruhiger, pr. Frühjahr 11, 02 Gd., 11, 03 Br. Hafer per Frühjahr 6, 30 Gd., 6, 35 Br. Mais per Mai-Juni 5, 83 Gd., 5, 87 Br. Roggen 12. — Wetter: Trübe.

Paris, 17. Febr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, pr. Februar 28, 10, pr. März 27, 90, pr. März-Juni 27, 80, pr. Mai-August 27, 60. Roggen ruhig, pr. Februar 22, 25, pr. Mai-August 21, 50. Mehl behauptet, pr. Februar 61, 60, pr. März 60, 75, pr. März-Juni 60, 25, pr. Mai-August 59, 50. Nüßel fest, pr. Februar 72, 25, pr. März-Juni 74, 25, pr. Mai-August 74, 50, pr. Sept.-December 75, 25. Spiritus fest, pr. Februar 62, 00, pr. März 61, 25, pr. März-April 61, 25, pr. Mai-August 59, 75. — Wetter: Ver- ändert.

Paris, 17. Februar, Nachmittags. Roggen 88° loco ruhig, 56, 00 bis 56, 25. Weiser Zucker fest, Nr. 3 per 100 Rgr. pr. Februar 66, 60, pr. März 67, 00, pr. März-Juni 67, 25, pr. Mai-August 67, 30.

London, 17. Februar, Nachm. Havanna-Zucker Nr. 12 23½. Weichende Tendenz.

Antwerpen, 17. Februar, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen behauptet. Hafer unverändert. Gerste fest.

Antwerpen, 17. Febr., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23½ bez. und Br., pr. März 23½ Br., pr. April 23 bez. u. Br., pr. September-December 24 Br. Ruhig. Bremen, 17. Febr., Nachmittags. Petroleum steigend. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 15—9, 20 bez., pr. März 9, 15—9, 20 bez., pr. April 9, 20 Br., pr. August-December 9, 60—9, 70 bez.

### Handel, Industrie &c.

Berlin, 17. Februar. [Börse.] Angesichts der gütigen Haltung, welche die heutige Wiener Börse angenommen hatte und der nicht un- wesentlichen Courserhöhungen, welche von dort gemeldet wurden (Franzosen 1½ pCt., Lombarden 2 pCt. und Galizier 1½ pCt. besser als gestern Mittag), konnte sich die feste Tendenz der letzten Tage, ohne Wider- stand zu finden, auf der Tagesordnung behaupten. Da die Hausse- neigung eine allgemeine ist und unter Berücksichtigung des stillen Ge- schäftsganges partiell zum unausgesprochenen Bedürfnis der kleineren Speculation genossen ist, sind fast alle Factoren des Börsenverlebens bemüht, die Maschinen der steigenden Bewegung nicht zum Stillstande gelangen zu lassen. Jedem zu Gunsten der Hausse zu interpellirenden Mo- ment wird deshalb mit freudiger Begier nachgegriffen und möglichst eingehende Beachtung geschenkt. In Ermangelung besserer realer Agitationsmittel waren es heute die vorbandene Geldabwanz sowie die vom Minister- präsidenten Cairoli in der gestrigen Sitzung der italienischen Deputirten- kammer abgegebenen Erklärungen über das Einnehmen der Mächte in der Griechisch-Türkischen Frage, welche neben den günstigen Auslandscoursen als Motive einer festen Haltung ins Feld geführt wurden. Auf allen Ge- bieten herrschte eine wesentlich größere Thätigkeit als gestern, die Course stellten sich fast ausnahmslos über das gestern innegehabte Niveau. Credit- Actien setzten recht fest ein und überholten bei ziemlich guten Umsätzen ihren Anfangscours von 516 recht schnell um 1½ M. Franzosen ge- wannen bei geringerem Verkehr etwa 4 M. Lombarden fanden im Hinter- grund, behaupteten aber ihren gestern erreichten höchsten Cours. Der Renten-Markt zeigte sehr feste Disposition, alle Gattungen erzielten Aufbesserungen von ¼—¾, Ungarische Goldrente und Oesterreichische Papierrente zeigten dabei gute Regelmäßigkeit. Auch russische Fonds, be- sonders 1880er Anleihe, waren in regem Verkehr bei wesentlich höheren Preisen. Von den österreichischen Nebenbahnen zeichneten sich Rudolf- bahn, Galizier und Nordwestbahn durch sehr feste Haltung aus. Auf dem localen Speculationsmarkt spielten die Actien der Deutschen Bank eine hervorragende Rolle. Bei sehr schwunghaftem Handel erlitten dieselben eine sprunghafte Erhöhung von ca. 2 pCt. Die anderen speculativen Bankpapiere, sowie die inländischen Bahnen blieben dagegen unbeeinträchtigt. Sehr gute Meinung documentirte sich in Folge des um 6 D. ge- stiegenen Rohesienpreises für Montanwerthe, in welchen ansehnliche Schläffe zu Stande kamen. Im weiteren Verlaufe der Börse blieb die feste Haltung überall vorherrschend. Monianwerthe, Renten und Elbthalbahn erzielten weitere Avancen, während die Schwankungen der internationalen Spielpapiere unbedeutend blieben. Darmstädter sehr beliebt. Schluß ruhiger.

Course um 2½ Uhr: Schwächer. Credit 515,50, Franzosen 494,50, Lombarden 189,00, Reichsbank 145,50, Disc.-Comm. 176,87, Handels-Gesell- schaft —, Laurabank 122,75, Dortmund Union 95,00, Bergische 115,00, Rumänische Rente 94,25, Türken 14,—, Italiener 89,37, Oesterreichische Goldrente 77,25, Oesterreichische Silberrente 65,25, do. Papierrente 63,25, Ungarische Goldrente 95,75, 6proc. Russen 1877 96,62, 4proc. do. 1880 76,37, Köln-Mindener —, Rheinische —, II. Orient-Anleihe 61,62, do. III. 61,37, Russische Noten 214,25, Wiener Bankverein —, Buschthierader 73,50. Coupon 8. (Course nur für Posten.) Defferr. Silber-Comp. 172,70 bez., do. Eisenbahn - Coupon 172,70 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. l. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,19 bez., do. Eisen- Prioritäten 4,19 bez., do. Papier-Dollar 4,19 bez., 6½ New-York-City 4,19 bez., Aufz. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. berl. min. 75 Pf. l. Berl., Poln. Papier u. berl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,54 bez., 1822er Russen —, Gr. Russ. Staatsbahn — bez., Russ. Boden-Credit — bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau- Lerespol — bez., 3½ und 5½ Lombarden min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, berl. Pf. Obligat. 20,43 bez.

London, 17. Febr. Die Bank von England hat den Discount von 3½ auf 3 pCt. herabgesetzt.

London, 17. Februar. [Bantausweis.] Totalreserve 16,578,000 Pfd. St., Notenumlauf 25,434,000 Pfd. St., Baardorrath 27,012,000 Pfd. St., Portefeuille 20,957,000 Pfd. St., Guthaben der Privaten 25,294,000 Pfd. St., Guthaben des Staats 9,869,000 Pfd. St., Notenreserve 15,257,000 Pfd. St., Regierungssicherheit 15,829,000 Pfd. St. Procentverhältnisse der Reserve zu den Passiven: 46½ pCt. Clearinghouse-Umsatz 134 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Abnahme 13 Millionen.



### Wechsel-Course.

durch ihr ganz ungewöhnlich fesselndes Interesse hervorragt, indem sie ein Stück russischer Kaisergeschichte mit der genauen Kenntniß des intimen Hoflebens jener Zeit behandelt, hat soeben einen neuen Roman: „Die Rache ist süß“ von L. v. Bischoffshausen begonnen, eine Hofgeschichte aus neuester Zeit, welche durch die geschickt verschlungenen Fäden einer fesselnden Intrigue das Interesse des Lesers gleich von vorne herein spannt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.  
Druck von Graß, Barth u. Comp. (B. Friedrich) in Breslau.